

Niederschrift

über die Sitzung des Hauptausschusses am 19.3.2007

Sitzungsort: **A 013**

Beginn der Sitzung um **18.00** Uhr.

Ende der Sitzung um **19.30** Uhr.

Vorsitz führte: **Bürgermeister Kreuzberg**

Mitglieder

- Dahmen
- Hosmann
- Klug
- Küster
- Meeth
- Poschmann (1. stellv. Vors.)

- Berg
- Breu (2. stv. Vors.)
- Mengel

- Schmitz, H.

- vom Hagen

- Pitz

Verwaltung

- Kreuzberg
- Brandt
- Freytag
- J.v. Bothmer
- Schiffer
- Becke
-
-
-
-
-

Schriftführerin

M. Müller

Gäste

- Herr Hans Schon
-
-
-
-
-
-
-

Stellvertretende Mitglieder

- | | | |
|-------|---|-----|
| CDU | <input type="checkbox"/> Dr. Dahm | CDU |
| CDU | <input checked="" type="checkbox"/> Gerharz, F.J. | CDU |
| CDU | <input type="checkbox"/> Vogel | CDU |
| CDU | <input type="checkbox"/> Stilz | CDU |
| CDU | <input type="checkbox"/> Boley | CDU |
| CDU | <input type="checkbox"/> Ehrenstein | CDU |
| | <input type="checkbox"/> Falkenstein | CDU |
| SPD | <input type="checkbox"/> Fischer | CDU |
| SPD | <input type="checkbox"/> Dr. Frantziach-Immenkeppel | CDU |
| SPD | <input type="checkbox"/> Gerharz, Th. | CDU |
| | <input type="checkbox"/> Hepp | CDU |
| bVb | <input type="checkbox"/> Pohl | CDU |
| | <input type="checkbox"/> Pütz | CDU |
| Grüne | <input type="checkbox"/> Rau | CDU |
| | <input type="checkbox"/> Schumacher | CDU |
| FDP | <input type="checkbox"/> Simons | CDU |
| | <input type="checkbox"/> Vetterling | CDU |

- Bürgermeister
- Beigeordneter
- Stadtkämmerer
- GLB
- 01-
- 10-

- | | | |
|--------------------------|-------------|-----|
| <input type="checkbox"/> | Dr. Petran | SPD |
| <input type="checkbox"/> | Heck | SPD |
| <input type="checkbox"/> | Grafe | SPD |
| <input type="checkbox"/> | Dr. Conen | SPD |
| <input type="checkbox"/> | Jung | SPD |
| <input type="checkbox"/> | Reinkemeier | SPD |
| <input type="checkbox"/> | Salvador | SPD |
| <input type="checkbox"/> | Vilkman | SPD |
| <input type="checkbox"/> | Wehrhahn | SPD |

- | | | |
|--------------------------|---------|-----|
| <input type="checkbox"/> | Baule | bVb |
| <input type="checkbox"/> | Arth | bVb |
| <input type="checkbox"/> | Bohlken | bVb |
| <input type="checkbox"/> | Mainzer | bVb |
| <input type="checkbox"/> | Müller | bVb |

- | | | |
|-------------------------------------|-------------------|-------|
| <input type="checkbox"/> | Bortlitz-Dickhoff | Grüne |
| <input type="checkbox"/> | Niclasen | Grüne |
| <input checked="" type="checkbox"/> | Schönhütte | Grüne |
| <input type="checkbox"/> | Weber | Grüne |

- | | | |
|--------------------------|--------|-----|
| <input type="checkbox"/> | Brämer | FDP |
|--------------------------|--------|-----|

A) Öffentlicher Teil**1. Kreispolizeibehörde des Rhein-Erft-Kreises**

**hier: Darstellung der Neuorganisation durch EPHK Karl Teichmann,
Leiter der Polizeiwache Süd**

Fehler! Textmarke nicht definiert.

2. Niederschrift vom 12.2.2007

Fehler! Textmarke nicht definiert.

Fehler! Textmarke nicht definiert.

Fehler! Textmarke nicht definiert.

Fehler! Textmarke nicht definiert.

3. Anregungen und Beschwerden gem. § 24 GO NW

Fehler! Textmarke nicht definiert.

3.1 Verkehrssituation Pingsdorfer Straße

**hier: Anträge von Herrn Dieter Schulden vom 4. und 13.12.06 bereits
behandelt im Vka am 30.1.07**

Vorlage-Nr. 296/87 g

Fehler! Textmarke nicht definiert.

Fehler! Textmarke nicht definiert.

Fehler! Textmarke nicht definiert.

Fehler! Textmarke nicht definiert.

3.2 Erhebung von Grabnutzungsgebühren

hier: Antrag von Herrn Hans Schon vom 5.1.07

Vorlage-Nr. 177/72 an und am

Fehler! Textmarke nicht definiert.

Fehler! Textmarke nicht definiert.

Fehler! Textmarke nicht definiert.

4. Satzungen

Fehler! Textmarke nicht definiert.

**4.1 Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus
besonderem Anlass in der Stadt Brühl**

Vorlage-Nr. 402/74 y

Fehler! Textmarke nicht definiert.

Fehler! Textmarke nicht definiert.

Fehler! Textmarke nicht definiert.

**4.2 8. Änderungssatzung zur Satzung über die Straßenreinigung und
die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Brühl**

Bezug: Rat 26.2.07

Vorlage-Nr. 218/85 af

Fehler! Textmarke nicht definiert.

Fehler! Textmarke nicht definiert.

Fehler! Textmarke nicht definiert.

Fehler! Textmarke nicht definiert.

5. Dringlichkeitsentscheidungen

Fehler! Textmarke nicht definiert.

5.1 Offene Ganztagschule im Primarbereich

hier: GGS Brühl-Badorf

Bezug: SchSpA 13.3.07

Vorlage-Nr. 24/03 am

Fehler! Textmarke nicht definiert.

Fehler! Textmarke nicht definiert.

Fehler! Textmarke nicht definiert.

Fehler! Textmarke nicht definiert.

5.2 Offene Ganztagschule im Primarbereich

hier: GGS Melanchthonschule

Bezug: SchSpA 13.3.07

Vorlage-Nr. 42/05 e

Fehler! Textmarke nicht definiert.

Fehler! Textmarke nicht definiert.

Fehler! Textmarke nicht definiert.

Fehler! Textmarke nicht definiert.

6. Antrag

Fehler! Textmarke nicht definiert.

6.1 Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt

hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 14.2.07

Vorlage-Nr. 47/06 a + b

Fehler! Textmarke nicht definiert.

Fehler! Textmarke nicht definiert.

Fehler! Textmarke nicht definiert.

7. Mitteilungen

Fehler! Textmarke nicht definiert.

7.1 Sperrung Mühlenstraße

Fehler! Textmarke nicht definiert.

8. Anfragen

Fehler! Textmarke nicht definiert.

8.1 Friedhofskapelle Brühl-Süd

Fehler! Textmarke nicht definiert.

8.2 Bänke Mühlenstraße

Fehler! Textmarke nicht definiert.

8.3 Steinweg

Fehler! Textmarke nicht definiert.

8.4 Vermarktung Gewerbegebiet

Fehler! Textmarke nicht definiert.

8.5 Kinderspielplatz Kierberger Bahnhofspark

Fehler! Textmarke nicht definiert.

B) Nichtöffentlicher Teil

Fehler! Textmarke nicht definiert.

9. Mitteilungen

Fehler! Textmarke nicht definiert.

9.1 Sachstandsbericht Tiefbau

Fehler! Textmarke nicht definiert.

Bürgermeister Kreuzberg eröffnet die Sitzung und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

A) Öffentlicher Teil

1. Kreispolizeibehörde des Rhein-Erft-Kreises
hier: Darstellung der Neuorganisation durch EPHK Karl Teichmann,
Leiter der Polizeiwache Süd

Der **Regionalbeauftragte und Leiter der Polizeiwache Süd, Erster Polizeihauptkommissar Karl Teichmann**, stellt die neue Organisationsstruktur der Kreispolizeibehörde Rhein-Erft-Kreis (siehe Anlage) vor und beantwortet im Anschluss daran Fragen der Hauptausschussmitglieder.

2. Niederschrift vom 12.2.2007

Gegen die Fassung der Niederschrift vom 12.2.2007 werden keine Einwände erhoben.

3. Anregungen und Beschwerden gem. § 24 GO NW

- 3.1 Verkehrssituation Pingsdorfer Straße
hier: Anträge von Herrn Dieter Schulten vom 4. und 13.12.06 bereits
behandelt im Vka am 30.1.07
Vorlage-Nr. 296/87 g

Ratsfrau Schönhütte (Grüne) fragt, warum der beigefügte Bürgerantrag vom 4.12.06, obwohl er früher datiert sei, den Buchstaben „g“ in der Vorlagen-Nr. erhalten habe.

Beantwortung in der Niederschrift:

Der Bürgerantrag ist in der Verkehrsausschusssitzung am 30.1.07 bereits beraten worden; in der Tagesordnung dieser Sitzung wurde auch auf den Antrag vom 4.12.06 Bezug genommen. Mit der Einladung zu dieser Verkehrsausschusssitzung wurde allerdings nur die nachträglich mit Datum vom 13.12.06 noch eingereichte Unterschriftenliste, die den Antrag nochmals wiederholt (Vorlagen-Nr. 296/87 e) sowie die entsprechende Vorlage der Verwaltung (Vorlagen-Nr. 296/87 f) mitverschickt. Der Ursprungsantrag vom 4.12.06 ist den Ratsmitgliedern offiziell noch nicht zugestellt worden, was jetzt mit der Hauptausschusseinladung der Vollständigkeit halber nachgeholt wurde. Daher musste diesem Antrag, obwohl er früher datiert ist, der nächste freie Buchstabe „g“ gegeben werden.

- 3.2 Erhebung von Grabnutzungsgebühren
hier: Antrag von Herrn Hans Schon vom 5.1.07
Vorlage-Nr. 177/72 an und am

Fraktionsvorsitzender Mengel (SPD) beantragt, den Petenten anzuhören.

Bürgermeister Kreuzberg stellt fest, dass gegen eine Anhörung keine Bedenken geäußert werden. Er unterbricht die Sitzung und bittet Herrn Schon, zu seinem Bürgerantrag Stellung zu nehmen.

Herr Hans Schon, Liblarer Str. 63 c, Brühl, gibt die als Anlage zur Niederschrift beigefügte Erklärung zum Thema „Grabnutzungsgebühren“ ab.

Erster Beigeordneter Brandt gibt zunächst zu bedenken, dass es sich bei dem Thema „Gebührenrecht“ um schwieriges und komplexes Thema handele. Unter Bezugnahme auf Abs. 3 der Erläuterungen in der Verwaltungsvorlage macht er jedoch deutlich, dass sowohl der Bund der Steuerzahler als auch die Fachliteratur und die Rechtsprechung die Gebührenerhebung für zulässig erachte. Der Bund der Steuerzahler rate darüber hinaus wegen des erheblichen Verwaltungsaufwandes aus Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten sogar von der Einführung einer Friedhofsunterhaltungsgebühr ab.

Fraktionsvorsitzender Pitz (FDP) bestätigt, dass es sich um ein juristisches, aber auch um ein faktisches Problem handele, da sich die Frage stelle, wer später noch für die Gebühren aufkomme. Die Vorgehensweise der Verwaltung sei daher gerechtfertigt und das System einleuchtend.

Ratsherr Hosmann (CDU) weist darauf hin, dass es sich hier um ein übliches Verfahren auch in anderen Bereichen, z.B. beim Kauf einer Eigentumswohnung, handele. Die Stadt dürfe aufgrund ihrer Verpflichtung gegenüber der Allgemeinheit kein finanzielles Risiko eingehen.

Ratsherr Berg (SPD) kann das Anliegen des Petenten nachvollziehen und schlägt vor, heute noch keine abschließende Entscheidung zu treffen und die Möglichkeit einer zusätzlichen Ratenzahlung als Alternative zu prüfen.

Bürgermeister Kreuzberg warnt vor einer Vertagung. Man befinde sich dann in einem unzulässigen Rechtsschwebezustand der möglicherweise auch auf andere Fälle übertragbar sei.

Ratsherr Gerharz, (CDU) ist der Ansicht, dass das Finanzbudget der Stadt unnötig belastet würde, wenn man dem Vorschlag des Petenten folge. Wer die Grabnutzungsgebühr nicht auf Anhieb komplett aufbringen könne, habe die Möglichkeit, privat eine Ratenzahlung über ein Kreditinstitut zu regeln.

Erster Beigeordneter Brandt erklärt, dass es keinen Unterschied zwischen Stundung und Ratenzahlung gebe, da die Geltendmachung von Stundungszinsen auch für eine eingeräumte Ratenzahlung verpflichtend ist. Die Erhebung sei nicht in das Ermessen der Stadt Brühl gestellt.

Fraktionsvorsitzender Klug (CDU) dankt Herrn Schon für seine Anregung, die in Bezug auf die Einführung des Neuen kommunalen Finanzmanagements durchaus nachvollziehbar sei. Hier habe man jedoch die besondere Situation, dass eine Verfahrensumstellung mit einem erheblichen Verwaltungsaufwand verbunden wäre und es auf Dauer sicherlich zu erheblichen Niederschlagungen und damit zu finanziellen Schäden für die Stadt Brühl komme, da es immer schwieriger werde, den Gebührenpflichtigen festzustellen und die Gelder einzutreiben. So lägen die Mietrückstände bei der Gebausie zum Beispiel z.Z. im hohen 6stelligen Bereich.

Es handele sich um einen guten Vorschlag, der jedoch nicht umsetzbar sei.

Er erinnert daran, dass die Stadt Brühl sehr wohl erkannt habe, dass Sterben teuer sei. Aus diesem Grunde habe man bei der Gebührenkalkulation bereits den Grünflächenanteil reduziert, was nun seitens der Gemeindeprüfungsanstalt kritisiert worden sei. Im Übrigen ändere sich s. E. durch die Umstellung der Zahlungsweise im Grundsatz nichts, da der Gebührenpflichtige dann eine jährliche Kostensteigerung hinnehmen müsse.

Bürgermeister Kreuzberg ergänzt, dass die jährliche Verteuerung möglicherweise noch höher ausfalle wegen des größeren Verwaltungsaufwandes.

Fraktionsvorsitzender Schmitz, H. (bVb) gibt zu, dass er zunächst Sympathie für den Vorschlag empfunden habe. Nach intensiver Befassung mit der Angelegenheit sei er jedoch zu dem Schluss gekommen, dass man dem Antrag nicht zustimmen könne, da er rechtlich und faktisch nicht durchführbar sei.

Bürgermeister Kreuzberg schlägt vor, die Anregung dennoch aufzugreifen und generell im System zu besprechen.

Fraktionsvorsitzender Mengel (SPD) kritisiert, dass man sich selbst durch die Festlegung im Ortsgesetz auf der sicheren Seite befinde, die Situation der Zahler jedoch außer Acht lasse. Auch wenn eine Zinsbelastung anfele, solle man daher die Möglichkeit der Ratenzahlung anbieten.

Fraktionsvorsitzender Klug (CDU) schlägt vor, den Bürgerantrag nochmals in den Fraktionen zu beraten. Vielleicht gebe es doch Möglichkeiten, obwohl bei einem höheren Risiko auch eine andere Gebührenkalkulation vorgenommen werden müsse.

Bürgermeister Kreuzberg weist nochmals darauf hin, dass heute ein Beschluss gefasst werden müsse, um die notwendige Rechtssicherheit herzustellen. Selbstverständlich könne sich der Hauptausschuss jedoch die Selbstverpflichtung auferlegen, die Angelegenheit anschließend erneut zu besprechen.

Ratsfrau Schönhütte (Grüne) kann keine Notwendigkeit für eine Änderung des bisherigen Verfahrens erkennen. Ihres Erachtens sparten die Leute auf den Todesfall hin, so dass das notwendige Geld in den meisten Fällen da sei. Ihr sei nicht bekannt, dass es in diesem Bereich einmal eine Niederschlagung gegeben habe. Sie frage sich daher, wo in der Praxis das Problem liege.

Ratsherr Berg (SPD) plädiert nochmals dafür, auch die Möglichkeit der Ratenzahlung anzubieten, die qualitativ anders zu beurteilen sei als eine Stundung.

Bürgermeister Kreuzberg verbleibt bei seinem Vorschlag, den Beschluss - wie vorgeschlagen - zu fassen und das Thema noch einmal, z.B. im Rahmen der Haushaltsberatungen, aufzugreifen.

Aufgrund des einvernehmlichen Einverständnisses der Hauptausschussmitglieder gibt er dem Petenten nochmals die Möglichkeit zur abschließenden Stellungnahme.

Herr Schon bedankt sich für den Vorschlag, dass man seiner Anregung im Ansatz nachgehen wolle. Er macht nochmals deutlich, dass sehr viele Menschen Probleme hätten, die anfallenden Gebühren aufzubringen. Es gebe s. E. sicherlich Möglichkeiten, hier Alternativen anzubieten und das bestehende Risiko z.B. über eine Kreditversicherung abzusichern.

Er wiederholt nochmals seine Auffassung, dass die jetzige Vorgehensweise nicht zum System des neuen Finanzmanagements passe; er halte es jedoch für gut, wenn man die Angelegenheit noch einmal in einem anderen Zusammenhang überdenken wolle.

Bürgermeister Kreuzberg dankt Herrn Schon für seine Anregung und sein Engagement und schlägt vor, wie dargelegt zu verfahren.

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis und weist den Antrag von Herrn Schon zurück. Die Anregung soll im Rahmen der Haushaltsberatungen noch einmal besprochen werden.

- einstimmig -

4. Satzungen

4.1 Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass in der Stadt Brühl Vorlage-Nr. 402/74 y

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt die in der Anlage beigefügte Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass in der Stadt Brühl.

- einstimmig -

4.2 8. Änderungssatzung zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Brühl
 Bezug: Rat 26.2.07
 Vorlage-Nr. 218/85 af

Fraktionsvorsitzender Klug (CDU) dankt der Verwaltung für die Klarstellung.

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt die in der Anlage beigefügte 8. Änderungssatzung zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Brühl

- einstimmig -

5. Dringlichkeitsentscheidungen

5.1 Offene Ganztagschule im Primarbereich

hier: GGS Brühl-Badorf

Bezug: SchSpA 13.3.07

Vorlage-Nr. 24/03 am

Der Hauptausschuss

1. beschließt im Wege der Dringlichkeit, die Trägerschaft für den Offenen Ganztagsbetrieb an der GGS Brühl-Badorf an den Brühler Turnverein 1879 e.V. zu vergeben,
2. erklärt sich mit dem pädagogischen Konzept der Offenen Ganztagschule der GGS Brühl-Badorf einverstanden,
3. setzt die Elternbeiträge wie folgt fest:

Erstes Kind:	60,00 €
Geschwisterkind:	30,00 €
Brühl Pass:	30,00 €
Sozialhilfeempfänger:	0,00 €

beauftragt den Bürgermeister, den Vertrag mit dem Brühler Turnverein e.V. abzuschließen.

- einstimmig -

5.2 Offene Ganztagschule im Primarbereich

hier: GGS Melanchthonschule

Bezug: SchSpA 13.3.07

Vorlage-Nr. 42/05 e

Der Hauptausschuss

1. beschließt im Wege der Dringlichkeit, die Trägerschaft für den Offenen Ganztagsbetrieb an der GGS Melanchthonschule an „Für Kinder e.V.“ zu vergeben,
2. erklärt sich mit dem pädagogischen Konzept der Offenen Ganztagschule der GGS Melanchthonschule einverstanden,

3. setzt die Elternbeiträge wie folgt fest:

Erstes Kind:	60,00 €
Geschwisterkind:	30,00 €
Brühl Pass:	30,00 €
Sozialhilfeempfänger:	0,00 €

4. beauftragt den Bürgermeister, den Vertrag mit „Für Kinder e.V.“ abzuschließen.

- einstimmig -

6. Antrag

6.1 Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt
hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 14.2.07
Vorlage-Nr. 47/06 a + b

Fraktionsvorsitzender Pitz (FDP) dankt der Verwaltung für die Beantwortung der Fragen 1 – 8.

Ratsfrau Schönhütte (Grüne) nimmt Bezug auf Punkt 3 und weist darauf hin, dass das WLAN-Projekt Ihres Erachtens nicht funktioniere. Sie fragt, wann der angekündigte Masterplan vorgelegt werde.

Bürgermeister Kreuzberg sagt weitere Veranlassung zu.

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

7. Mitteilungen

7.1 Sperrung Mühlenstraße

Erster Beigeordneter Brandt teilt mit, dass die Mühlenstraße ab Montag saniert und vom Steinweg bis zum Stern für den Durchgangsverkehr voll gesperrt werde. Die Arbeiten dauerten ca. 2 Monate an. Die Dauer der Sperrung wäre jedoch doppelt so lang, wenn die Mühlenstraße nicht gesperrt würde. Für eine Umleitung der Ziel- und Busverkehre sei gesorgt.

8. Anfragen

8.1 Friedhofskapelle Brühl-Süd

Ratsherr Breu (SPD) weist darauf hin, dass es während einer Trauerfeier sehr störend sei, wenn die Tür der Trauerhalle ständig automatisch auf und zu gehe. Hier müsse unbedingt Abhilfe geschaffen werden.

Bürgermeister Kreuzberg sagt weitere Veranlassung zu.

8.2 Bänke Mühlenstraße

Fraktionsvorsitzender Schmitz, H. (bVb) fragt, warum die Bänke zwischenzeitlich abgebaut worden seien, ob man diese farblich anders gestalte und wenn ja, wie hoch der gesamte Kostenaufwand sei.

Bürgermeister Kreuzberg sagt schriftliche Beantwortung zu.

8.3 Steinweg

Fraktionsvorsitzender Schmitz, H. (bVb) kritisiert die Art und Weise der im Steinweg vor dem Kaufhof aufgebrauchte Teerdecke.

Bürgermeister Kreuzberg teilt mit, dass es sich nur um ein Provisorium handele.

Erster Beigeordneter Brandt ergänzt, dass hier aufgrund der Wahrung der Verkehrssicherungspflicht dringender Handlungsbedarf bestanden habe. Im Rahmen der Baumaßnahme Mühlenstraße werde der Bereich jedoch ordnungsgemäß wiederhergestellt.

8.4 Vermarktung Gewerbegebiet

Fraktionsvorsitzender Pitz (FDP) fragt, ob es richtig sei, dass in Gewerbegebieten grundsätzlich kein Wohnen möglich sei. Dies sei für viele Interessenten wegen des Diebstahlrisikos problematisch, weil sie z.B. gerne dort Hausmeisterwohnungen einrichten würden. Für die Vermarktung der Grundstücke sei dies sicherlich nicht von Vorteil.

Bürgermeister Kreuzberg bestätigt, dass das Verbot aus Gründen des Immissionsschutzes bestehe und dem Schutz der Menschen diene. Je nach Bebauungsplan empfehle es sich, dies auch weiterhin zu handhaben. Würde man Wohnen zulassen, schränke dies die Gewerbeausübung drastisch ein.

8.5 Kinderspielplatz Kierberger Bahnhofspark

Ratsherr Gerharz (CDU) fragt, warum es hier nicht weiter gehe.

Bürgermeister Kreuzberg sagt schriftliche Beantwortung zu.